

nenstraße seit dem vergangenen Samstag im Hungerstreik. Wir tun dies dort für all die Bürger unseres Landes, die mit uns solidarisch sind. Es sind Bürger, die den Mut haben, sich zu wehren, die Widerstand leisten gegen erpreßbare Politiker und jetzt in leitenden Stellungen der Wirtschaft befindliche ehemalige Stasi-Mitarbeiter, die noch sanierungsfähige Betriebe verschachern.

Das Gesetz zum Umgang mit den Stasi-Akten vom 24.8. ist noch immer nicht im Einigungsvertrag enthalten entgegen anders lautenden Pressemeldungen. Es ist lediglich dem gesamtdeutschen Gesetzgeber zur Berücksichtigung empfohlen worden. Das Rehabilitierungsgesetz - von dieser Kammer verabschiedet - ist ebenfalls nicht im Einigungsvertrag enthalten.

Das Honecker-Regime wurde mit Millionenbeträgen, mit Milliardenbeträgen von der Bundesregierung überschüttet. Für die Stasi-Opfer, die jahrelange Benachteiligungen, Gerichtsprozesse, Berufsverbote unter diesem SED-Staat erlitten haben, bleibt kein Pfennig übrig. Wir erinnern uns auch an die letzte Meldung: 3 Mrd. M für den Golf-Konflikt sind da. Andere Gelder für soziale Belange in der DDR fehlen nach wie vor.

Der Verfassungsschutz hat ebenfalls Zugriff auf unsere Akten. Ich möchte ein Beispiel nennen: Bürger, die sich schon beworben haben bei westlichen Stellen, sind darauf hingewiesen worden, daß sie ja nicht ihre Vergangenheit verschweigen sollten, man habe auf jeden Fall Zugriff auf die Vergangenheit, und man könnte ihnen nachweisen, wenn sie Löcher in ihrer Akte hätten.

Bisher hat dieses Parlament mit erpreßbaren Stasi-Mitarbeitern unter den Parlamentariern und Regierungsmitarbeitern fragwürdige Entscheidungen getroffen. Noch heute ist unklar, wie viele der Abgeordneten noch immer unter uns unerkannt im Parlament mitentscheiden. Die Chance zur Vergangenheitsbewältigung wird verspielt, wenn wir dem offenen Umgang mit unserer Vergangenheit entfliehen. Ich danke trotzdem allen Abgeordneten, die vorhin die Pause genutzt haben, um zu diskutieren, und ich glaube, es ist notwendig geworden, zu begreifen, daß die Aktion der Besetzer den Inhalt hatte, Auseinandersetzungen über die Vergangenheit sowie Auseinandersetzungen zu beginnen - und das in einer sachlichen und anständigen Atmosphäre.

Jetzt haben wir die letzte Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß in den Länder- und Kommunalparlamenten glaubwürdige Volksvertreter sitzen, aber nur, wenn alle überprüft werden, zusätzlich alle Amtsinhaber in Rathäusern.

Es muß außerdem erreicht werden, daß die Bürgerkomitees vor Auflösung der Stasi nicht länger arbeitsrechtlich und finanziell der Exekutive unterstellt werden - ebenso der Sonderbevollmächtigte -, sondern in Zukunft dem Parlament; denn das Volk hat ein Recht darauf, zu erfahren, wie die Stasi gearbeitet hat.

Ich danke Ihnen, ich übergebe jetzt heute noch einmal Unterschriften. In der vorigen Woche waren es über 20 000, heute sind es noch einmal über 16000 Unterschriften, die ich dem Präsidium übergebe.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächste hat das Wort die Abgeordnete BIRTHLER. - Die Abgeordnete BIRTHLER ist nicht da, dann ist das erledigt. Als nächste hat das Wort die Abgeordnete GRABE. - Sie hat zurückgezogen.

Frau Grabe (Bündnis 90/Grüne):

Nein, nein, ich stehe ja hier. - Mit unglaublicher Mißachtung ist mit diesem Einigungsvertrag über Gesetze und eindeutige Empfehlungen, die dieses Parlament verabschiedet hat, hinweggegangen worden. Die wenigen positiven Ergebnisse, die Sonderregelungen für diesen Teil Deutschlands, mühevoll in den Ausschüssen erkämpft, sind zum Teil nun auch noch unter die Räder gekommen. Ein Beispiel ist das Rehabilitierungsgesetz,

ein zweites das Gesetz über den Umgang mit den Stasiakten. Es ist nur auf außerparlamentarischen Druck nachverhandelt worden. Aber was uns hier als Kompromiß gepriesen wird, ist kein Gesetz, sondern eine Empfehlung an das gesamtdeutsche Parlament: Übereinstimmend wird festgestellt... umfassend berücksichtigt und erwartet. Das sind die diffusen Formulierungen, die diese Empfehlung kennzeichnen. Im Abs. 9 versteigt man sich sogar zu der Aussage, die Gesetzgebungsarbeit zur endgültigen Regelung dieser Materie nach dem 3. Oktober aufzunehmen.

Für viele Opfer ist das völlig unverständlich. Die Diätenregelung, die mit Diät absolut nichts zu tun hatte, hat dieses Haus flott und zügig unter Dach und Fach gebracht, sogar Zusatzforderungen werden jetzt noch laut. Wir, die sogenannten Volksvertreter, haben diesem bisher leerem Wort nicht wirklich neuen Inhalt gegeben. Wir haben uns selbst zuerst sattgemacht und vielleicht der eine oder andere noch zinsgünstige Kredite benutzt, um preiswert ein Auto zu erwerben, während in diesem Land gerade in der Wirtschaft, aber auch in allen anderen Bereichen die OibEs und Ober-OibEs ihr terroristisches Spiel spielen. Einige der Stasis sitzen noch in diesem Parlament und haben hier heute bei diesem Einigungsvertrag mit abgestimmt. Das ist ein unglaublicher Vorgang, und wir sind mit schuld und tragen dafür die Verantwortung.

Diese Arbeit hier war kein Erfolg, und ich bin froh, daß mir die Gelegenheit gegeben worden ist, außerparlamentarisch zu zeigen: Wir leben noch. Die Bürgerbewegungen müssen sich nur immer ihrer Kraft bewußt sein. Angst darf uns nicht wieder lähmen. Ich weiß nicht, ob wir, die Besetzer, seit 9 Tagen in Hungerstreik, das Gewissen der Nation sind. Aber wir sind keinesfalls die Schlaftablette der Nation wie die F.D.P.

(Vereinzelt Gelächter)

Wir nehmen unseren friedlichen Widerstand mit in das gesamte Deutschland. Ich lehne diesen Einigungsvertrag ab.

(Vereinzelt Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächste hat das Wort die Abgeordnete LUCYGA.

Frau Dr. Lucyga (SPD):

Zur Abstimmung über den Einigungsvertrag erklären 14 SPD-Volkskammerabgeordnete - Till Backhaus, Angelika Barbe, Josef Maria Bischoff, Dankward Brinksmeier, Heidrun Dräger, Frank Jauch, Karl-August Kamilli, Stefan Körber, Luise Morgenstern, Rüdiger Natzius, Christine Lucyga, Christine Rudolph, Walter Romberg und Karsten Wiebke -: Dem heute zur Abstimmung vorliegenden Einigungsvertrag, der wesentliche Interessen der Menschen in der DDR unberücksichtigt läßt, kann von uns nur mit großen Gewissensbedenken zugestimmt werden. Vor allem die künftige finanzielle Ausstattung der Länder und Kommunen ist nach wie vor unzureichend. Das kommunale Vermögensgesetz ist hinsichtlich der Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden in entscheidenden Punkten verwässert worden.

Die Zukunft der Bauern ist ungewiß. Die Forderungen der SPD bei den Nach Verhandlungen sind nicht berücksichtigt worden. Dazu zählen die Übernahme des Gruppenlandwirtschaftsgesetzes, die Dauer der Übergangsphase für die Landwirtschaft, das Vorpacht- und Vorkaufrecht für DDR-Bürger und die Übertragung von volkseigenem Grund und Boden an die Kommunen.

Die Instrumente der Wirtschaftsförderung reichen nicht aus, um den Strukturanpassungsprozeß in der gewerblichen Wirtschaft in hinreichender Zeit unter sozialen Gesichtspunkten zu gewährleisten. Der soziale Besitzstand wurde schon und wird weiter abgebaut. Die sozialen Belange der Familien, der Rentner, der Alleinerziehenden, der Behinderten und der Frauen werden auf längere Zeit mangelhaft berücksichtigt.